



BürgerInnenbrief

22. Oktober 2013

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Lampedusa-Gruppe anerkennen! +++ Obdach ist machbar +++ Wahlachlese +++ Jobcenter-Missstand +++ Flora-»Kino«

Trauerspiel um die Flüchtlinge

Heike Sudmann und Tim Golke



Lampedusa-Vertreter auf der Mietendemo am 28.9.2013 (M. Johho)

Nur selten wenden wir uns wie an dieser Stelle direkt an die LeserInnen, aber das Vorgehen des Senats verlangt unseres Erachtens nach eine massive Reaktion durch die demokratische und an den Menschenrechten interessierte Öffentlichkeit. Wie in den letzten Wochen und vor allem in den vergangenen Tagen mit den 300 Lampedusa-Flüchtlingen in Hamburg umgegangen wird, ist haarsträubend, menschenunwürdig und rassistisch. Da werden Straßenzüge in St. Georg und St. Pauli gesperrt und Menschen wegen ihrer schwarzen Hautfarbe kontrolliert, drangsaliert und in mehreren Fällen auch gleich festgenommen. Da übt der Senat massiven Druck auf die evangelisch-lutherische Nordkirche aus, um deren Unterstützung der Flüchtlinge zu unterminieren, und obendrauf lehnt er gleich auch den Antrag zur Aufstellung von Wohncontainern auf Kirchengelände ab. Da behaupten Innensenator Neumann und Bürgermeister Scholz, dass sie angeblich gar nicht anders könnten, als die Personalien der Lampedusa-

Flüchtlinge aufzunehmen (um sie später problemlos abschieben zu können). Falsch, denn selbstverständlich gäbe es einen Weg, einen vernünftigen Aufenthaltsstatus zu schaffen. Den Weg haben die RechtsanwältInnen der Flüchtlinge mit dem Verweis auf das Aufenthaltsgesetz gewiesen, denn darin heißt es im § 23, Abs. 1: »Die oberste Landesbehörde kann aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland anordnen, dass Ausländern aus bestimmten Staaten oder in sonstiger Weise bestimmten Ausländergruppen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird...«

Wir rufen alle Bürgerbrief-LeserInnen auf, sich in den kommenden Tagen an den Protesten (aktuelle Termine siehe folgende Seite) zu beteiligen. Zwingen wir den Senat, wieder Vernunft und Mitmenschlichkeit in die Stadt einkehren zu lassen.

Anerkennung der Lampedusa-Gruppe in Hamburg jetzt!

Mittwochs demonstration

Seit dem 11. September findet jeden Mittwoch um 16.30 Uhr eine Demonstration für die Refugees vom Lampedusa-Infozelt in St. Georg zum Rathaus statt, das nächste Mal am **Mittwoch, den 23. Oktober, 16.30 Uhr, ab Steindamm/Steintorplatz**

Großdemonstration

Anerkennung der Gruppe »Lampedusa in Hamburg« jetzt!

Samstag, 2. November, 14.00 Uhr, Hauptbahnhof/Hachmannplatz

Schweigeminute und Gedenken an die auf der Flucht gestorbenen Menschen und Mahnung für die Anerkennung der Gruppe »Lampedusa in Hamburg« an die Hamburger Bürgerschaft, **Mittwoch, 6. November, 18.30 Uhr, Rathausmarkt**

Mehr Infos und Aktionen unter www.lampedusa-in-hamburg.org

Mehr Mitbestimmung für SAGA-MieterInnen!



Lohnsiedlung der SAGA (Mauricio Bustamante)

Zehntausende öffentlich geförderte Wohnungen in Hamburg fehlen. Aber der überfällige Wohnungsneubau ist längst nicht das einzige Problem, mit dem sich viele Hamburger Haushalte konfrontiert sehen. Der Mietensinn wäre da vor allem zu nennen, der wachsende Einkommensanteil, der für die Miete, aber auch die Nebenkosten aufgebracht werden muss, die Verdrängung aus der gewohnten Umgebung infolge vielfacher Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen usw.

Auf einer Veranstaltung der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft wollen wir nun einen besonderen Aspekt beleuchten, nämlich die SAGA GWG und ihre intransparente Unternehmenspolitik. Mindestens 100 Mio. Euro führt dieses öffentliche Wohnungsunternehmen jährlich an das Stadtsäckel ab, Überschüsse, die aus den MieterInnen gepresst werden, Mittel, die nicht einmal dafür Verwendung finden, erheblich mehr und schneller Sozialwohnungen zu bauen, sondern irgendwo versickern.

Uns geht es bei der Diskussion vor allem auch um diese Fragen: Wie geht es den MieterInnen dieses Wohnungsunternehmens selbst? Welche Möglichkeiten haben sie, Einfluss auf die »Geschäfte« und die Entwicklung der SAGA GWG zu

nehmen? Beispielsweise in ihrem eigenen Wohnkomplex, aber natürlich auch darüber hinaus? Wie könnte dieses öffentliche Wohnungsunternehmen demokratisiert werden, wie sieht es mit Mieterräten aus? Antworten auf diese Fragen gibt Dr. Jan Kuhnert, bekannter Stadtplaner und Genossenschaftsexperte aus Hannover.

Veranstaltung der Fraktion DIE LINKE in der Bürgerschaft: SAGA 2010: Öffentliches Wohnungsunternehmen mit genossenschaftsähnlicher Mitbestimmung der MieterInnen?

Diskussion mit **Dr. Jan Kuhnert** (KUB Kommunal- und Unternehmensberatung GmbH),
Moderation: **Heike Sudmann** (stadtentwicklungspolitische Sprecherin der Bürgerschaftsfraktion)
Dienstag, 22. Oktober, 19.00 Uhr, Rathaus, Bürgersaal

Keine Profite mit der Miete!



Demo »Keine Profite mit der Miete«, 28.9.2013 (M. Joho)

Mehrere Tausend Menschen – laut Polizeiangaben 2.500, die VeranstalterInnen sprachen von 5.000 – haben am Samstag, 28. September, erneut gegen den Mietenwahnsinn in dieser Stadt demonstriert. Unter dem Motto »Keine Profite mit der Miete – Die Stadt gehört allen!« trafen sich nicht nur in Hamburg, sondern auch in anderen großen Städten viele Tausend Menschen, um das Grundrecht auf Wohnen und die Vergesellschaftung von Wohnraum einzuklagen.

In Hamburg hatte zu der mehrstündigen Demo ein Bündnis aus rund 50 Gruppen, Initiativen und Vereinen aufgerufen, darunter die Partei und die Bürgerschaftsfraktion der LINKEN. Die Breite der Unterstützung machte sich auch in den Reden bemerkbar, die am Anfang auf dem Millerntorplatz und bei verschiedenen Zwischenkundgebungen und zuletzt im Karoiviertel gehalten wurden. So kamen VertreterInnen der Lampedusa-Flüchtlinge, von den Zwangsräumungsinitiativen aus Hamburg und Berlin, vom Einwohnerverein St. Georg, der ESSO-Initiative und viele andere zu Wort. Gemeinsames Credo: Die Stadt tut nicht annähernd das Nötige und Richtige, um die Menschen mit guten und bezahlbaren Wohnungen zu versorgen, im Gegenteil, an etlichen Stellen wird investorenfreundlichst operiert, jahrelanger Leerstand und Herunterkommenlassen des Bestands (der GAGFAH im Allgemeinen und der Bayrischen Hausbau bei den ESSO-Häusern im Besonderen) von der Stadt noch abgesichert. Findet dann mal eine Besetzung von Leerstand statt, wie am Abend der Demonstration in der Lilienstraße 8 geschehen, dann sind Polizeikräfte gleich massiv dabei, die Aktion rüde zu beenden.

Ungeachtet vieler Erklärungen des Senats gehen der Mietenwahnsinn und die Verdrängung Tausender MieterInnen weiter, müssen mehr Menschen auf der Straße klarkom-

men denn je. Rund anderthalb Tausende vollzogene Zwangsräumungen im Jahr 2012 und 40.000 Haushalte, die bei der SAGA GWG auf einer Wohnungssuchendenliste stehen, unterstreichen, wie groß die soziale Not im Bereich des Wohnens ist. Diese Not zeigt sich in vielen Stadtteilen und sie muss in den Stadtteilen und Bezirken noch stärker attackiert werden. Denn Leerstand hat natürlich eine Adresse, ebenso die Zweckentfremdung in Form von so genannten Ferienwohnungen. Miethäuser mit obszönen Quadratmeterpreisen von 13, 14, gar 18 Euro müssen konkret angeprangert, Ross und Reiter genannt werden, ebenso die immer neuen Luxuseigentumskomplexe u.v.m.

Hier hat die LINKE in Zusammenarbeit mit den Bezirks- und Bürgerschaftsfraktionen sicher gute Möglichkeiten, diese Missstände vor Ort aufzudecken und zu skandalisieren und – zusammen mit anderen Kräften – vor allem Bewegung zu machen. Nicht zuletzt mit Blick auf die Wahl der Bezirksversammlungen im Mai 2014, bei der die 5%-Hürde abgeschafft ist.

Nachfolgend veröffentlichen wir eine während der Demonstration gehaltene Rede zu den im BürgerInnenbrief bisher nur selten berücksichtigten Lebens- und Unterbringungsproblemen der Flüchtlinge in Hamburg. Wir danken Franz Forsmann vom Flüchtlingsrat Hamburg für die Überlassung des Textes seiner Ansprache. Der Flüchtlingsrat Hamburg versteht sich als offenes antirassistisches Plenum verschiedener Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen, die in ihren Aktivitäten die Flüchtlingspolitik als Schwerpunkt sehen und sich gemeinsam mit MigrantInnen und Flüchtlinge für gleiche Rechte für alle einsetzen.

Wohnungen für alle Menschen statt Ausgrenzung!

Liebe Freundinnen und Freunde,

Ich begrüße Sie und Euch alle im Namen des Hamburger Flüchtlingsrats sowie im Namen vieler in Hamburg im Migrations- und Flüchtlingsbereich engagierter Menschen und hier lebender Flüchtlinge und MigrantInnen.

Die Stadt gehört Allen! Das bedeutet für uns, gemeinsam gegen steigende Mieten, Verdrängung und Ausgrenzung zu kämpfen. Konkret heißt das: Wohnraum muss vergesellschaftet werden, Zwangsumzüge und Räumungen müssen gestoppt werden, wir müssen durchsetzen, dass Flüchtlinge in Wohnungen leben dürfen und nicht in Flüchtlingsunterkünften zwangsuntergebracht werden, die oftmals Massenunterkünfte sind und den Charakter von Lagern haben.

Nicht mehr dort leben zu können, wo wir es wollen, ist für viele von uns durch die Gentrifizierung ganzer Stadtteile unter dem Vorzeichen der Profitmaximierung zur bitteren Realität geworden. Für Flüchtlinge ist das staatlich verordnet: Im Asylverfahrensgesetz von 1993 wird die Unterbringung von Flüchtlingen in Flüchtlingsunterkünften getrennt von der Wohnbevölkerung manifestiert. Das bildet die Grundlage für die seither oftmals praktizierte und nur als staatlichen Rassismus zu bezeichnende Sonderunterbringung, für die keine Kosten gescheut werden. Die Ziele hierbei sind mehr als deutlich:

- Flüchtlinge sollen ausgegrenzt und isoliert leben, Unterstützung und Solidarisierung sollen verhindert werden.
- Flüchtlinge sollen erst gar nicht das Gefühl bekommen, angekommen zu sein, dazuzugehören.
- Flüchtlinge sollen, ohne dass das allzu offen nach außen erfahrbar ist, in einem Zustand der Entrechtung leben. Das bedeutet ein Leben ohne hinreichende medizinische Versorgung, mit nur mangelhaften Bildungsangeboten, mit Arbeitsverboten, ohne hinreichende rechtliche Beratung und ohne Schutz vor Abschiebung.

All das dient der Abschreckung und Demoralisierung der Flüchtlinge, soll sie müde und krank machen und setzt nach außen katastrophale Zeichen.

Die Flüchtlingsunterbringung in Hamburg, für die ehemals auch kleinere, dezentral gelegene bezirkliche Unterkünfte genutzt wurden, wird seit Jahrzehnten nicht zuletzt auch unter der Prämisse der Profitmaximierung immer mehr in der Hand des Landesbetriebs Fördern&Wohnen konzentriert. Sicher hatten auch viele der früher genutzten kleineren Unterkünfte mangelhafte Standards, sie lagen aber wenigstens zum größten Teil in Wohngebieten, sodass sich die Flüchtlinge dem jeweiligen Stadtteil zugehörig fühlen konnten. Das Markenzeichen von Fördern&Wohnen hingegen ist die Massenunterbringung der Flüchtlinge in teuren Provisorien wie ehemaligen Fabrik- und Bürogebäuden sowie Container- und Pavillonlagern, oftmals am Stadtrand oder auf abgelegenen Plätzen.

Kommen einmal mehr Flüchtlinge, wie zur Zeit, bricht dieses System vollständig zusammen. Die Ankommenden werden unter menschenunwürdigen Umständen sogar in Zelten, Container-Notunterkünften oder in völlig überfüllten Gebäuden, wie in der Sportallee, untergebracht. Auch die Einrichtungen für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge sind völlig überfüllt, so-



Demo »Keine Profite mit der Mietev«, 28.9.2013 (M. Joho)

dass Neuangekommene z.T. in Turnhallen (sowie demnächst ebenfalls in Zelten und Containern) schlafen müssen, und für Folgeeinrichtungen sind so gut wie keine bezahlbaren Wohnungen zu finden

Statt kostengünstige und gute Wohnungen für alle, eben auch für Flüchtlinge, zur Verfügung zu stellen, werden provisorische Unterkünfte planlos und ohne Beteiligung und hinreichende Information der umliegenden Bevölkerung aus dem Boden gestampft. Da wird Wasser auf die Mühlen der Faschisten und Rechtsradikalen gegossen. Die staatliche Ausgrenzung und Entrechtung entspricht genau dem, was diese von jeher fordern. Es ermöglicht ihnen, staatliches Handeln für ihre Propaganda zu nutzen.

All das ist eine Schande für eine reiche und angeblich welt-offene Stadt wie Hamburg.

Die wieder einmal in Hamburg regierende SPD trägt seit Jahrzehnten maßgeblich zu diesem Zustand bei. Unter ihrer Verantwortung wurde die Zentralisierung der Flüchtlingsunterbringung über Jahre stetig vorangetrieben, wurde in dieser Legislaturperiode die Auslagerung der ankommenden Flüchtlinge in das Lager Horst in Mecklenburg-Vorpommern auf weitere sechs Jahre festgeschrieben.

All das muss sofort aufhören! Die Stadt gehört allen!

Wir fordern die Abschaffung aller Flüchtlingslager und stattdessen Wohnungen für alle Menschen!!

Gleiche Rechte für Alle! Dafür lasst uns gemeinsam kämpfen!

Franz Forsmann, Flüchtlingsrat Hamburg

Obdach ist machbar!



Heike Sudmann und Rolf Becker in St. Georg, 16.10.2013 (M. Joho)

Mit einem beispielhaften Aktionstag wurde am 16. Oktober in St. Georg erneut auf den krassen Widerspruch von langjährig leerstehenden Häusern einerseits und dem Umstand, dass Menschen in wachsender Zahl auf der Straße leben, andererseits aufmerksam gemacht. Der Einwohnerverein, die evangelische Kirchengemeinde und das Hamburger Aktionsbündnis gegen Wohnungsnot – unterstützt von Hinz&Kunzt, dem Leerstandsmelder, dem Mieterverein zu Hamburg und Mieter helfen Mietern – hatten direkt im Anschluss an eine Pressekonferenz zu einer Kundgebung vor der Koppel 95 eingeladen, zu der rund 100 Personen erschienen. Das dreigeschossige Gebäude steht seit über 15 Jahren leer und bot von 1992 bis 1998 einer Anzahl jugoslawischer Bürgerkriegsflüchtlinge Obdach. Jetzt wird es eingefordert, Menschen im Rahmen des Winternotprogrammes Unterschlupf oder gerne auch langfristig Obdach als kleinteiliges Wohnhaus für ca. 15 Menschen zu bieten.

Joachim Bischoff hatte in einer Kleinen Anfrage schon einmal vor gut drei Jahren nachgefragt, was mit dem Objekt denn sei (Drs. 19/6637 vom 9.7.2010). Damals antwortete der Senat, dem zuständigen Bezirksamt Mitte sei der bereits damals weit mehr als ein Jahrzehnt währende Leerstand »nicht bekannt«. Auf Joachim Bischoffs Insistieren reagierte der Senat mit der Antwort, das Bezirksamt habe inzwischen eine Ortsbesichtigung vorgenommen, aber feststellen müssen (auch unter Prüfung der Bauakte), dass es sich um gewerbliche Räume, also ein Geschäftshaus, handele. »Es handelt sich daher nicht um Leerstand von Wohnraum, der nach dem Hamburgischen Wohnraumschutzgesetz verfolgt werden kann« (Drs. 19/8308 vom 11.1.2011). Ah ja, und wie ist das mit den Menschen, die dort in den 1990ern gelebt und aus einem Bürogebäude de facto ein Wohnhaus gemacht haben? Und überhaupt, wenn in dieser Stadt Hunderttausende Quadratmeter wertvoller Ge-

bäudesubstanz – egal, als was ausgewiesen – jahrelang leer stehen, dann soll die Stadt nichts tun können, wenn es sich um Gewerberaum handelt? Nein, so darf das nicht weitergehen, jedenfalls ist von der Stadt zu verlangen, dass sie tätig wird gegen einen 15jährigen (!) Leerstand, gegen das Verrottenlassen von Gebäuden und spekulative Grundstücksgeschäfte. Eigentum verpflichtet, heißt es denn auch in einem Nachbarschaftsflyer der Initiative. Und wenn sich die EigentümerInnen zu nichts verpflichtet sehen, dann müssen eben alle Register gezogen werden, um das Haus städtischerseits zu übernehmen. Warum haben die SozialdemokratInnen nur immer so viel Angst vor einer überfälligen Enteignung?

Besonders und in gewisser Hinsicht neu ist an der eingangs erwähnten Initiative, dass sich Menschen aus der Umgebung der Koppel 95 engagieren, um das Gebäude als kleinteilige Unterkunft für obdach- und wohnungslose Menschen durchzusetzen. Also keine allortend blühende Bürgerinitiative, die sich gegen die Neuansiedlung einer sozialen Einrichtung ausspricht, sondern im Gegenteil der Versuch, das NIMBY-Phänomen (Not in my backyard – Nicht in meinem Hinterhof) durch eine gute Nachbarschaft aufzufangen. Und natürlich geht's darum, den Leerstand direkt gegenüber zu skandalisieren, denn nicht nur ungenutzter Wohnraum, auch länger leerstehender Büro- und Gewerberaum ist kein Muss und gehört zugunsten der Menschen ohne Obdach abgeschafft. Um wie viele Gebäude in Hamburg könnten da in den Quartieren kleine Konfliktherde entstehen? An wie vielen Orten könnten sich NachbarInnen für eine kleine, niemanden störende Einrichtung einsetzen?

»Wenn z.B. in allen gut 100 Stadtteilen, in denen jeweils drei oder vier (leerstehende) Häuser stehen, jeweils zehn bis fünfzehn Obdachlose zu BewohnerInnen dieser Häuser würden, müsste kein Mensch in Hamburg mehr draußen schla-

Weitere Veranstaltungen zur Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Hamburg:

Kundgebung »Die größte Platte Hamburgs«, Donnerstag, 31.10.2013, 17.00-18.00 Uhr, Hauptbahnhof, Steintorwall 20. Das Hamburger Aktionsbündnis gegen Wohnungsnot – bestehend aus etlichen sozialen Verbänden wie der Caritas und der Diakonie sowie Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe – ruft dazu auf, mit Schlafsack und Isomatte gegen die prekäre Situation obdach- und wohnungsloser Menschen zu demonstrieren, denn: »Platte machen ist kein Spaß«.

Fachtagung »Wer pflegt Herrn K.?«, Mittwoch, 20.11.2013, 15.30-19.30 Uhr, Ärztekammer, Weidestraße 122 b. Die Kooperationsveranstaltung der Hamburgischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e.V. greift die Pflege von wohnungslosen Menschen im ambulanten und stationären Bereich auf und richtet sich vorrangig an Akteure aus Medizin, Pflege und Wohnungslosenhilfe. Die Teilnahmegebühr beträgt 15 Euro. Infos unter www.hag-gesundheit.de.



St. Georg-Schild: Zur Nachahmung empfohlen

fen. Das ist unsere Vision«, wie es im Nachbarschaftsflyer der Initiative zu lesen steht (www.ev-stgeorg.de).

Eine schöne und wichtige Initiative, die lohnt, anderswo aufgegriffen zu werden. »Eigentum verpflichtet! Leerstand beenden! Obdach ist machbar, Herr Nachbar!« Und in der Fraktion der LINKEN machen wir uns verstärkt Gedanken, wie man dem Leerstand von Büro- und Gewerberaum nachhaltiger zu Leibe rücken kann. Es gilt, mehr als eine Million Quadratmeter leerstehenden Büroraumes (fast 8% der gesamten Hamburger Bürohauskapazitäten) gesellschaftlich und individuell nutzbar zu machen.

Wahnchlese

Joachim Bischoff

Lebendiger Straßen-Wahlkampf (www.sabine-boeddinghaus.de)

Nils Annen, SPD-Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Eimsbüttel, fasst für seine Partei die politische Substanz des Ergebnisses der Bundestagswahlen folgendermaßen zusammen: »Addiert man die Stimmen für die FDP und für die Alternative für Deutschland, die wegen der Fünf-Prozent-Hürde nicht im Bundestag vertreten sind, zu denen der Union hinzu,

so hat das rechte Lager eine Mehrheit von mehr als 50 Prozent. Es gibt in Deutschland keine Mitte-Links-Mehrheit. Das muss und darf nicht so bleiben, aber im Moment ist das so« (Tagesspiegel, 11.10.2013).

Mit dieser Wertung reiht sich Annen in die Strömung der sozialdemokratischen Linken ein. Es gebe bundesweit keine

arithmetisch und politisch belastbare Alternative zur moderaten neoliberalen Politik der Union. In der zurückliegenden Legislaturperiode hat die Union zudem schrittweise deutliche Korrekturen an ihrem politischen Profil vollzogen: Abschaffung der Wehrpflicht, Atomausstieg auf Raten, Umbau des dreigliedrigen Schulsystems, Ankündigung einer Finanztransaktionssteuer in Europa; dies wurde vor den Wahlen ergänzt durch ein Arrangement mit einer allgemeinen Lohnuntergrenze und einer Mietpreisbremse. Der massive Stimmengewinn für die Union wird nur aus dem Zusammenhang einer Grundstimmung verständlich: einerseits das Verblässen der Krise in Deutschland, relative Zufriedenheit mit der eigenen ökonomischen Situation einer großen Mehrheit der Bevölkerung und der Zusage, die soziale Befriedungspolitik fortzuführen. Es dominiert die Erinnerung an Krise; die Mehrheit der WahlbürgerInnen bevorzugt daher die Werte Pragmatismus, Ideologiefreiheit und Kompromiss.

Der Tenor der politischen Einordnung des SPD-Landesvorsitzenden und Hamburger Bürgermeisters Olaf Scholz ist gegenüber der Positionsbestimmung von Annen deutlich staats-tragender oder mittiger: »Das Ergebnis der Hamburger SPD ist ein guter Erfolg. Wir haben fünf Hamburger Wahlkreise für die SPD gewonnen und liegen im Zweitstimmenergebnis an erster Stelle vor der Hamburger CDU... Im Vergleich zu 2009 konnten wir gut fünf Prozentpunkte zulegen. Das ist eine bemerkenswerte Leistung. In Deutschland hat es nicht für einen Regierungswechsel gereicht, auch wenn die SPD ein wenig zugelegt hat. Peer Steinbrück hat wacker gekämpft. Ich gratuliere der Kanzlerin zu ihrem Wahlerfolg.« Ja, es hat nicht einmal in Ansätzen zu einem Regierungswechsel in der Republik gereicht und auch die Bilanz der SPD für die Hansestadt ist keineswegs überzeugend. Als Hamburger SPD-Chef hatte Scholz das Ziel ausgegeben: »Alle Wahlkreise für die SPD«. Doch die CDU hat ein Direktmandat geholt und der Vorsprung der SPD bei den Zweitstimmen ist minimal. Zudem ist dem Bürgermeister auch noch der Volksentscheid zur Rekommunalisierung der Energienetze um die Ohren geflogen.

Gleichwohl: Die Hamburger SPD ist mit einem blauen Auge davongekommen. Schon die Gleichzeitigkeit der Bundestagswahl mit der für die SPD verloren gegangenen Volksabstimmung macht deutlich, dass diese Partei mit dem Kurs des »vernünftigen Regierens« wachsende Schwierigkeiten hat, ihre politische Verankerung aufrecht zu erhalten. In vielen Politikfeldern wird die Zukunftslosigkeit für Teile der Bevölkerung offenkundig.

Die christdemokratische Opposition der Hansestadt war in den zurückliegenden Monaten gewiss nicht in einer überragenden Form und hatte noch erheblich – personell wie programmatisch – mit der Bewältigung der Niederlage bei den Bürgerschaftswahlen 2011 zu tun. Die CDU war damals auf 21,9% abgestürzt. Landesvorsitzender Marcus Weinberg kommentierte das Ergebnis für die CDU durchaus selbstbewusst: »Unser Wahlziel war, mehr als 30 Prozent der Zweitstimmen zu erreichen. Das haben wir ganz klar erreicht.« Im Sog des beeindruckenden Wahlerfolges für die Bundes-CDU kann sich auch der Hamburger Landesverband über das beste Bun-



SPD: Blaues Auge an der Elbe (M. Joho)

destags-Wahlergebnis seit 20 Jahren freuen. »Die Ansage des Bürgermeisters, dass die SPD alle sechs Wahlkreise gewinnt, ist nicht eingetreten. Das ist eine klare Niederlage für Olaf Scholz.« Weinberg richtete den Blick schon auf die nächsten Wahlentscheidungen auf Bezirks- und Bürgerschaftsebene. »Wir haben ein Potenzial oberhalb von 30 Prozent. Wir sind wieder da.« Sicherlich wird hier der politische Mund sehr voll genommen. Aber die CDU wird dieses Ergebnis als Ansporn für eine Verbesserung ihrer Oppositionsarbeit in der Landespolitik nehmen. Allerdings sind sowohl innerparteilich noch erhebliche Konflikte vorhanden als auch mit Blick auf die Landespolitik programmatisch-konzeptionelle Defizite offenkundig.

Gespannt kann man auf eine selbstkritische Aufarbeitung der Hamburger Ergebnisse durch die Sozialdemokratie sein. Aber bislang ist hier weitgehend Fehlanzeige. Nils Annen fordert zu Recht: »Wir brauchen eine offene, tief gehende Analyse. Es geht nicht nur um die Wahl von 2013, sondern auch um die von 2009. Zwei Mal hintereinander sind wir auf dramatische Weise hinter unseren eigenen Erwartungen zurückgeblieben. Wir sind mit dem Anspruch angetreten, den Kanzler zu stellen. Diesen Anspruch kann man mit 25,7 Prozent nicht stellen.« Bislang sieht es allerdings danach aus, als würde eine differenzierte Wahlanalyse wegen der stressigen Koalitionsverhandlungen auf längere Zeit vertagt.

Auch für die Hamburger Grünen war der Wahlabend keine Party. Die Landesvorsitzende Katharina Fegebank: »Das ist eine herbe Niederlage. Ich bin absolut enttäuscht... Wir haben alle Ziele – Schwarz-Gelb abzulösen, einen Politikwechsel herbeizuführen und besser abzuschneiden als 2009 – eindeutig verfehlt.« In Hamburg erzielten die Grünen mit 12,6% der Zweitstimmen das beste Ergebnis im Bundesländer-Vergleich. Aber die interne und öffentliche Auseinandersetzung über die künftige Ausrichtung wird auch dem Landesverband nicht erspart bleiben. Fegebank nennt die aus ihrer Sicht wichtigsten Aspekte. »Wir haben strategische Fehler gemacht und teilweise auf falsche Themen gesetzt. Zu früh haben wir uns ausschließlich für Rot-Grün ausgesprochen. Da fehlte die konkrete Machtoption, als sich abzeichnete, dass

es für dieses Bündnis keine Mehrheit geben wird. Da blieb kein Spielraum mehr für andere Gedankenspiele. Gerade in den Bundesländern sind wir oft gut damit gefahren, unsere Eigenständigkeit zu betonen und auf unsere Kernthemen zu setzen. Diesmal haben wir die Themen Energiewende, Umwelt- und Klimaschutz oder Europapolitik nicht ausreichend nach vorn gestellt, dafür ein Steuerthema, das uns jedenfalls nicht geholfen hat... Wir müssen uns aus meiner Sicht stärker öffnen, weit über unsere Kernwählerschaft hinaus. Gleichzeitig müssen wir auf unsere Kernkompetenzen setzen und unser programmatisches Angebot erweitern. Wir haben uns zuletzt oft in negativer Abgrenzung zu anderen präsentiert und gesagt, was die alles nicht können oder falsch machen. Das hat zu nichts geführt. Wir brauchen positive gesellschaftliche Gegenentwürfe, aber auch einige neue Köpfe an unserer Spitze.«

Soweit sich die Führung der Hamburger Grünen geäußert hat, ist eine Sympathie für das schwarz-grüne Experiment auf Bundesebene nicht zu übersehen. Sollten die Hamburger Grünen dem Bundestrend folgen und auch ihre politische Programmatik in die Mitte des gesellschaftlichen Spektrums verschieben, heißt dies keineswegs zwangsläufig, dass ein zweistelliges Ergebnis bei den nächsten Bezirks- und Bürgerstabswahlen verteidigt werden kann.

Sehen wir vom Absturz der FDP ab, was ist für Hamburg wichtig? SPD und LINKE sind in »Stadtteilen mit geringem sozialen Status« stark verankert. Die CDU reüssiert dagegen in den »besseren« Gegenden, z.B. holte sie in den Wahllokalen am Hochrad (Othmarschen) und Schöne Aussicht (Uhlenhorst) mehr als 50%. Bei den Grünen sei das Muster hingegen

uneinheitlich: Die Umweltpartei wird stark von Besserverdienenden gewählt, aber ebenso von EmpfängerInnen staatlicher Leistungen. Ihr bestes Ergebnis holten sie mit 27,1% in der Sternschanze.

Angesichts dieser Konstellation wäre auch DIE LINKE gut beraten, sich nicht zu sehr in den bisherigen politischen Strukturen über die Freude eines guten Wahlergebnisses einzurichten. »DIE LINKE hat in Hamburg einen erfolgreichen Bundestagswahlkampf geführt und liegt mit 8,8 Prozent der Zweitstimmen über dem bundesweiten Ergebnis der LINKEN von 8,6 Prozent. Wir freuen uns, dass unser Spitzenkandidat Jan van Aken wieder in den Bundestag gewählt wurde, und bedanken uns bei den über 77.000 Wählerinnen und Wählern der LINKEN in Hamburg für ihr Vertrauen. DIE LINKE ist jetzt die drittstärkste Kraft im Bundestag und wird auch nach der Wahl konsequent für mehr soziale Gerechtigkeit und eine friedliche Außenpolitik streiten.«

Gegenwärtig existiert im Bund (in Hessen stellt sich dies anders dar) keine Mitte-Links-Mehrheit. Auch wenn die Stimmenteile etwas anders ausfallen würden, kann man darüber debattieren, ob eine solche Mehrheit inhaltlich gegeben und tragfähig wäre. Angesichts der politischen Debatten und der ökonomisch-sozialen Großwetterlage ist sehr zweifelhaft, ob bei den nächsten Bundestagswahlen eine Mehrheit links der Mitte realistischer ist. Zwar konnten sich Union (42%), SPD (26%), Grüne (8%) und Linkspartei (9%) in der Wählergunst seit der Bundestagswahl unverändert halten, aber Verschiebungen in den politischen Kräfteverhältnissen werden nicht lange auf sich warten lassen.

»Misswirtschaft im Jobcenter«

Tim Golke



... so lautet der Titel einer meiner Kleinen Anfragen an den Senat (Drs. 20/8332 vom 7.6.2013). Im Mai 2013 war mir durch anonyme Hinweise bekannt geworden, dass es im Jobcenter offenbar eine Finanzierungslücke gibt und die Leistungen aus

dem Eingliederungstitel bis Jahresende stark eingeschränkt werden müssen. Der Eingliederungstitel ist – bildlich gesprochen – ein großer Topf mit Geld, der Hamburg durch den Bund zur Verfügung gestellt wird und aus dem die vom

Bund finanzierten, aber vom Jobcenter Team.Arbeit.Hamburg durchgeführten Maßnahmen finanziert werden. Das sind z.B. die berühmt-berüchtigten Bewerbungs- und Computerkurse, aber auch sinnvollere Maßnahmen wie »kleinere« Qualifizierungen oder Eingliederungszuschüsse.

Der Senat antwortete auf meine Anfrage im Juni, dass selbstredend alles in Ordnung sei: »Durch diesen guten Start in das Jahr 2013 sind die Voraussetzungen für einen vollständigen Mitteleinsatz bis zum Jahresende getroffen worden. Für das Jahresende wird eine nahezu hundertprozentige Verwendung des Eingliederungstitels erwartet.«

Diese Fixierung auf eine hundertprozentige Verwendung des Eingliederungstitels ist mit den Diskussionen der vergangenen Jahre zu erklären. In den Jahren 2011 und 2012 sind jeweils mehrere nicht ausgegebene Millionen Euro zurück nach Berlin geflossen; Senat und Jobcenter haben dafür viel Kritik einstecken müssen. Dass Senat und Jobcenter versuchen, das Geld komplett auszugeben, dagegen ist also nichts zu sagen. Und dennoch werden gerade jetzt Hartz IV-Betroffene im Jobcenter vertröstet, vielleicht gäbe es ja im nächsten Jahr wieder Geld für Maßnahmen. Und das, obwohl sie zum Teil konkrete schriftliche Einstellungszusagen von potenziellen

ArbeitgeberInnen mitbringen, die nur an die durch einen Bildungsgutschein finanzierte Qualifikation gebunden sind.

Das Problem ist schlicht, dass Senat und Jobcenter offenbar darauf fixiert sind, das Geld auszugeben, aber eine vernünftige Planung vernachlässigt haben. Und so ist kurz nach der Jahresmitte das Geld bereits verbraucht. Das bedeutet nichts anderes, als dass dieses Jahr keine Mittel mehr zur Verfügung stehen und Hartz IV-Betroffene so im Regen stehen gelassen werden.

Nicht vergessen werden darf aber auch die Verantwortung der ArbeitgeberInnen. Es ist kein Geheimnis, dass sich eine ganze Branche auf die Qualifizierung von Arbeitslosen spezialisiert hat, zum Teil auch mit höchst fragwürdigen Bedingungen für die eigenen ArbeitnehmerInnen. Aber es ist keine Bedingung, arbeitslose Menschen nur mit Mitteln des Eingliederungstitels einzustellen. Wenn Arbeitskräfte gebraucht werden, dann ist es die Aufgabe der Unternehmen, die neuen ArbeitnehmerInnen einzuarbeiten – auch ohne staatliche Förderung.

Vielleicht liegt keine Misswirtschaft im Hamburger Jobcenter vor, aber ganz sicher Planlosigkeit.

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise



Eine lesenswerte **Studie zum Hamburger Mietwohnungsmarkt** haben jüngst Michael Lister und Peter Biegeler (Center für Real Estate Studies, CRES) vorgelegt. Die 56seitige Studie ist im Auftrag der Hamburger Wohnungswirtschaft entstanden und ging kürzlich als Beleg durch die Presse, dass alles nicht (mehr) so schlimm auf dem Wohnungsmarkt sei. Auch wenn diese Aussage zumindest für die gering- und mittelgut verdienenden Haushalte infragezustellen ist, bietet die Untersuchung doch allerhand Material, z.B. diese Aussage: »Die Bestandsmieten betragen im Durchschnitt 7,70 EUR in normaler Wohnlage und 9,32 EUR in guter Wohnlage beim frei-finanzierten Wohnungsbau der privaten Vermieter. Die

städtischen und genossenschaftlichen Wohnungsbaugesellschaften haben eine Bestandsmiete von 6,06 EUR in der normalen Wohnlage bzw. 6,09 EUR in der guten Wohnlage« (S. 48). Die Studie findet sich im Netz unter: http://www.vnw.de/fileadmin/user_upload/Download/ReferatWowi/akt_2013-08-07_Studie_zum_Hamburger_MietwohnungsmarktV10.pdf.

Nach einer neueren australischen Regierungsstudie (»State of Australian Cities 2013«) ergibt sich, dass schon kurze Strecken mit dem Fahrrad lukrativ sind: Danach erzeugen **20 Minuten mit dem Rad** zur/von der Arbeit einen wirtschaftlichen Nutzen von 14,50 Euro. Wer als ArbeitnehmerIn **20 Minuten zu Fuß** unterwegs ist, erbringt einen volkswirtschaftlichen Wert von 5,85 Euro. Wie auch immer so etwas genau berechnet wird, wer an dieser und anderen Informationen aus dem Verkehrsbereich interessiert ist, sollte hier ab und zu schauen: <http://www.zukunft-mobilitaet.net>.

Der TV-Sender ARTE hat einen interessanten Beitrag über die **Stadt der Zukunft – Zukunft der Stadt** gebracht, darin auch eine längere Passage über Hamburgs Stadtentwicklung. Wer ihn verpasst hat, findet ihn hier: <http://www.arte.tv/guide/de/047869-000/stadt-der-zukunft-zukunft-der-stadt?autoplay=1>.

Im »BürgerInnenbrief« vom 27. Juni hatten wir schon einmal das **Altonaer Manifest** – eine Grundsatzerklärung verschiedener Stadtteilinitiativen, der LINKEN und mehrerer Einzelpersonen zur weiteren Entwicklung in Altona – aufgenommen. Damals handelte es sich noch um einen Entwurf, jetzt ist das Manifest endgültig fertig, kann studiert und gerne unterzeichnet werden: www.altonaer-manifest.de.

In größeren Abständen gibt die Bundestagsfraktion der LINKEN die informative, jeweils einem Schwerpunkt gewidmete Heftreihe »Besser verkehren« heraus. Mitte September ist die neue Ausgabe mit dem Titel **Mobilität für alle – Forderungen für einen attraktiven öffentlichen Verkehr** erschienen. Auf 32 Seiten geht es um Angebotsverbesserungen, Deutschlandtakt und -tarif, primär aber um den Nulltarif, also um den fahrscheinlosen öffentlichen Personennahverkehr, eine Forderung, die auch Eingang in das Bundestagswahlprogramm der LINKEN gefunden hatte. Download unter: <http://www.nachhaltig-links.de/index.php/oeffentlicher-verkehr>.



Gerade angelaufen ist die **Ausstellung Lass wachsen, Hamburg! Über die Wichtigkeit von Grünräumen in der Stadt** des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND). Sie informiert über den Wert von Parks, Gärten, Spontanvegetation und alle anderen großen und kleinen Grünräume in der Stadt. Präsentiert wird sie noch bis zum 15. November im Kulturladen St. Georg (Alexanderstraße 16). Initiator der Ausstellung ist der Diplom-Biologe Rudolf Sergel, Sprecher des Arbeitskreises Biodiversität des BUND Hamburg. Er referiert am **Donnerstag, den 14. November**, um 19.00 Uhr im Kulturladen über das Thema **Der soziale Wert von Stadtnatur**.

Der Hamburger Historiker Marcel Bois referiert am **Dienstag, den 22. Oktober**, über den so genannten **Hamburger Aufstand von 1923**, der sich in diesen Tagen das 90. Mal jährt. **Vom Scheitern einer Revolution** berichtet er um 19 Uhr in der W3 (Nernstweg 32, 1. Stock, Seminarraum). Veranstalterin ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Eintritt beträgt 2 Euro. Mehrere Organisationen (VVN, Kulturpunkt, MC Kuhle Wampe, Barmbeker Initiative gegen Rechts usw.) widmen dem dreitägigen »Aufstand« zudem vom 23. bis 26. Oktober eine Veranstaltungsreihe: Am **Mittwoch, den 23. Oktober**, wird um 18.30 Uhr im Zentrum »Barmbek Basch« (Wohldorfer Straße 30) der Film »Der Hamburger Aufstand Oktober 1923« (BRD 1971, 115 min, von Klaus Wildenhahn) vorgeführt. Am **Samstag, den 26. Oktober**, gibt es von 11 bis 13 Uhr einen Stadtteilrundgang zu den Ereignissen in Schiffbek 1923 (Startpunkt: Kulturpalast, Öjendorfer Weg 30), von 16 bis ca. 20 Uhr folgt ein Kulturprogramm mit Lesungen, einer Ausstellungseröffnung und Musik im Zentrum Barmbek Basch.



Am **Mittwoch, den 23. Oktober**, von 17.00 bis 19.30 Uhr, informiert die Verbraucherzentrale in ihren Räumen (Kirchenallee 22) zum Thema **Carsharing in Hamburg: mobil ohne eigenes Auto**. Referentin ist Nathalie Rauba von der »Neubürgerberatung«, die sich vor allem an neu nach Hamburg Gezogene richtet. Wen's interessiert: Eine Voranmeldung unter www.vzhh.de oder unter Tel. 24 832-108 ist vonnöten.

Ebenfalls am **Mittwoch, den 23. Oktober**, wird um 20 Uhr im Stadtteilbüro St. Georg (Hansaplatz 9) der neue **Verein Zwischennutzung** gegründet. Interessierte an einer temporären Nutzung von Häusern, Räumen oder Flächen, die zum Abriss oder zur Neugestaltung vorgesehen sind, sind hier richtig.

Um **Lastenräder im Einsatz** geht es auf einer Fachtagung am **Donnerstag, den 24. Oktober**, von 11 bis 16 Uhr im Rudolf-Steiner-Haus (Mittelweg 11/12). Vor dem Hintergrund des im Mai gelaufenen Evangelischen Kirchentages – die währenddessen eingesetzten Fahrradkuriere legten auf ihren 500 Einsätzen über 3.000 km zurück – soll es um Emissionsfreie Logistik bei Großveranstaltungen und Großeinrichtungen gehen. Programm unter www.kirchentag.de/fahrrad, Infos/Anmeldung an Umwelt@kirchentag.de oder unter Tel. 43 09 31-118.

Ebenfalls am **Donnerstag, den 24. Oktober**, lädt der LAIKA-Verlag zu einer Lesung und einem Gespräch mit **Esther Bejarano** ein. Um 19.30 Uhr wird in der Patriotischen Gesellschaft (Trostbrücke 6) ihr neues Buch **Erin-**

nerungen – Vom Mädchenorchester in Auschwitz zur Rap-Band gegen rechts vorgestellt. Die Lesung wird vom Schauspielerpaar Sylvia Wempner und Rolf Becker gestaltet. Es wird um Anmeldung unter E-Mail info@patriotische-gesellschaft.de gebeten.

Eine weitere **Demonstration gegen Polizeiwillkür und rassistische Kontrollen** findet am **Samstag, den 26. Oktober**, um 13 Uhr, startend ab Roter Flora (Schulterblatt) statt. Das Bündnis gegen Gefahrengelände und das Nachbarschaftstreffen Holstenstraße fordern u.a. das Ende der Gefahrengelände sowie der verdachtsunabhängigen Kontrollen und eine unabhängige Untersuchung der Gewalt und der Übergriffe von Seiten der Polizei in Altona-Altstadt.

Um neue Formen des solidarischen Wirtschaftens und kollektiver Raumeignung und -nutzung geht es auf einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung am **Samstag, den 26. Oktober**, um 20 Uhr im Butt-Club (Hafenstraße 126). Bestritten wird die Diskussion **Stadt – Politik – Gemeinsam nutzen statt einsam verbrauchen** von Dr. Heike Derwanz (HCU-Forschungsprojekt Low-Budget Urbanity), Iver Ohm (citycollective, Wien), Niels Boeing (Real-Initiative, Fablab St. Pauli), die Moderation obliegt Michael Ziehl (Gängeviertel, Leerstandsmelder). Mehr unter: <http://www.hamburg.rosalux.de/event/49347/stadt-politik-gemeinsam-nutzen-statt-einsam-verbrauchen.html>.

Am **Sonntag, den 27. Oktober**, zwischen 13 und 18 Uhr, lädt die Stintfang-Initiative ein zum Fest oberhalb der Landungsbrücken, auf dem Paula-Karpinski-Platz, direkt vor der Jugendherberge. Die Initiative möchte über das **Bauvorhaben Hafentor 7** informieren, bei dem der bisher freie Blick vom Stintfang durch einen sechsgeschossigen Neubau verstellt werden soll. Hier ist auch der Denkmalschutz tangiert, denn die Anhöhe – die ehemalige Bastion Albertus – ist Teil der alten Hamburger Befestigungsanlagen. Beim **Wein- und Informationsfest** gibt es reichlich zu essen und zu trinken, »diverse Z-Promis«, kleine Szenen und viele Bilder und Belege.



Quartiers- und bündnispolitische Anregungen können sich StadtteilkämpferInnen sicherlich auf einem Studientag der Timotheus-Gemeinde in Horn am **Dienstag, den 30. Oktober**, holen. Von 9.30 bis 15.00 Uhr geht es in den Gemeinderäumen (Washingtonallee 65) um die **Kirche im Quartier: Erfahrungen, Konzepte, Ideen**. Auch wenn die Anmeldefrist gerade abgelaufen ist, gibt es bei Nachfragen an anmeldung.me@diakonie-hamburg.de sicher noch eine Teilnahmemöglichkeit. Der Kostenbeitrag von 15 Euro ist direkt vor Ort zu entrichten.



Man muss die IBA ja nicht geschätzt haben – von der igs ganz zu schweigen – aber am **Diskursmarathon mit WegbegleiterInnen und Livemusik: Die IBA sagt danke und tschüss!** zum Finale könnte mensch vielleicht trotzdem teilnehmen. Am **Freitag, den 1. November**, fahren die MacherInnen der Internationalen Bauausstellung noch einmal alle(s) auf, was Rang und Namen hat. Ab 15.30 Uhr gibt es im Bildungszentrum Tor zur Welt (Krieterstraße 5) bis in die späten Abendstunden durchgängig Programm: Um 16.10 Uhr beispielsweise eine Debatte mit Fachleuten zur »Stadt im Klimawandel«, um 18.30 Uhr einen Rückblick des IBA-Geschäftsführers Uli Hellweg auf die letzten Jahre und um 19.00 Uhr eine Abschlussdiskussion unter der Überschrift »Was kommt nach der IBA?« mit Senatorin Jutta Blankau, den Bezirksamtsleitern Andy Grote und Thomas Völsch, Bettina Kiehn vom Bürgerhaus Wilhelmsburg und Uli Hellweg – allzu viele kritische Einwände sind also offenbar nicht gewollt. Ab 20.00 Uhr ist Party angesagt, u.a. mit Manusch Weiss, »Zigeunerjazz aus Wilhelmsburg«. Weitere Infos und Anmeldung unter www.iba-hamburg.de/ibafinale.

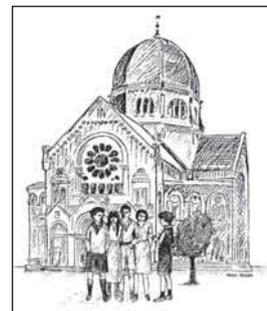
Einige **Innenansichten der Hamburger Kommunalverwaltung** gewährt der Sozialdemokrat Harald Rösler auf einer Veranstaltung des Bildungsträgers Die Neue Gesellschaft am **Montag, den 4. November**. Der Leiter des Bezirksamtes Hamburg Nord erläutert, wo die aktuellen Probleme in den Bezirksverwaltungen liegen, vor allem auch im Hinblick auf die Schuldenbremse und die »Sparpolitik« des Senats. Die Veranstaltung findet von 18 bis 20 Uhr im Bezirksamt Hamburg-Nord (Kümmellstraße 7, Sitzungssaal) statt. Kostenbeitrag: 3 Euro, Anmeldung unter kontakt@die-neue-gesellschaft.de oder per Tel. 44 75 25.

Um **Griechenland zwischen Depression, Widerstand und »Goldener Morgenröte«** geht es auf einer Veranstaltung der Hamburger Gewerkschaftslinken am **Mittwoch, den 6. November**, um 18.30 Uhr im Curiohaus (Rothenbaumchaussee 15, Hofdurchgang). Manfred Klingele, GEW-Mitglied aus Hamburg, Teilnehmer bereits einer zweiten Solidaritätsreise im September 2013, berichtet von seinen Eindrücken.



Die Hamburgische Architektenkammer und der Denkmalverein laden ein zur Debatte **Zur Zukunft der City Hochhäuser – ist das ein Denkmal oder kann das weg?** Die Veranstaltung findet am **Mittwoch, den 6. November**, um 18.30 Uhr in der Freien Akademie der Künste (Klosterwall 23) statt.

Zum 75. Mal jährt sich in diesem Jahr die **Reichspogromnacht**, in der die Nazis am 9. November 1938 Hunderte Synagogen angegriffen und z.T. zerstört, jüdische MitbürgerInnen drangsaliert und ermordet haben. Aus diesem Anlass findet am **Donnerstag, den 7. November**, von 15 bis 17 Uhr eine von der VVN, der Jüdischen Gemeinde und der Universität organisierte **Mahnwache** auf dem Joseph-Carlebach-Platz (Grindelhof) statt, genau dort, wo 1938 die Bornplatz-Synagoge angezündet wurde. Sprechen werden u.a. Esther Bauer (die Tochter des ermordeten Direktors der ehemaligen Israelitischen Töchterschule Carolinenstraße), Rabbiner Shlomo Bistrizky und Prof. Dr. Holger Fischer (Vizepräsident der Uni Hamburg).



Erst die Arbeit... und dann? Von Großraumbüros & Work/Life-Balance-Tempeln in Hamburg handelt eine Veranstaltung der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO), Arbeitsschwerpunkt StadtRaum (ASSR), am **Sonntag, den 10. November**. Thematisch geht es um die Entmischung von Arbeiten und Wohnen in den 1960er/70er Jahren – beispielhaft veranschaulicht an City-Nord und den Großwohnsiedlungen – und um das neue Ideal einer angeblich nutzungsgemischten HafenCity. Die Veranstaltung ist für den Zeitraum 19 bis 22 Uhr im Centro Sociale (Sternstraße 2) vorgesehen. Mehr unter <http://www.buko.info/aktuelles/news/datum/2013/09/23/erst-die-arbeit-und-dann/>.

Die Bürgerplattform Impuls Mitte gestaltet seit sieben Jahren den Dialog mit der Politik und Wirtschaft im Hamburgs östlichen Stadtteilen. Jetzt wird Zwischenbilanz gezogen und zum Thema **Verständnis von Bürgerbeteiligung** diskutiert. An der Debatte nehmen am **Montag, den 18. November**, von 18.30 bis 20.00 Uhr in der Stadtteilschule Horn (Snitgerreihe 2) teil: Dr. Friedrich Brandt, Fatma Kestel, Schwester Maria-Elisabeth Küpper und Bürgermeister Olaf Scholz. Interessierte sollten sich bis zum 10. November unter willkommen@impuls-mitte.de oder Mobil 0 157/78 78 15 91 anmelden.



Rote Flora: Großes Kino, falsche Vorstellung

Heike Sudmann



Flora-Block auf der Mieter-Demo am 28.9.2013 (M. Joho)

»Großes Kino« (so die Einschätzung der RotfloristInnen) führen gegenwärtig die »Investoren« Klaus Martin Kretschmer und Gert Baer auf. Ein am 4. Oktober beim Bezirksamt Altona eingereichter Bauantrag sieht den Abriss des alten Flora-Gebäudes am Schulterblatt und den Neubau einer Konzerthalle mit 2.400 Plätzen vor. Großes Kino ist das, weil der Bezirk Altona unmissverständlich und einheitlich erkennen lässt, dass er keinerlei Interesse daran hat, den gegenwärtigen Zustand und damit die Existenz der Roten Flora infragezustellen, Großes Kino ist es, weil schon einmal, 1989, die Pläne für ein Musicaltheater am Schulterblatt knallhart gescheitert sind. Großes Kino hin oder her, auch wir sehen uns veranlasst, eine kleine Filmbesprechung zu veröffentlichen.

Den so genannten Investoren geht es aus unserer Sicht um nichts anderes, als den Kaufpreis des Flora-Geländes für die Stadt in die Höhe zu treiben. Denn klar ist, eine Konzerthalle an diesem Ort wird von niemandem gewünscht, die Stadt soll vielmehr unter Druck gesetzt werden, das Grundstück in eigene Regie zu übernehmen, um den Kretschmers und Baers dieser Welt weiteren Ärger zu ersparen und deren Profite zu

sichern. Die Stadt hatte Kretschmer das Grundstück im März 2001 zum Preis von 370.000 DM verkauft, um damit im anstehenden Bürgerschaftswahlkampf ein Problem vom Tisch zu haben. Kretschmer hatte sich verpflichtet, die Nutzung des Gebäudes als Rote Flora unangetastet zu lassen, ein Verkauf sollte ohne Zustimmung des Senats unmöglich sein.

Die Rote Flora ist seit Jahrzehnten ein bekannter Ort der Kultur, der Diskussion und des Widerstands gegen Gentrifizierung, längst und weit über Hamburg hinaus. Diesen Ort gilt es zu erhalten und ggf. zu verteidigen gegen alle überbordenden Profitinteressen der Herren Kretschmer und Baer. Denn Recht auf Stadt, das schließt auch das Recht und die Sicherung auf nicht kommerzialisierte Räume ein. Die Investorenpläne sind daher abzulehnen. Sollte der Senat jetzt Probleme mit dem Vorbescheidsantrag haben (eingegangen im Bezirk Altona erst Mitte Oktober), kann das nur bedeuten, dass er 2001 schlecht verhandelt hat. Das aber darf keinesfalls auf Kosten und zu Ungunsten des Kultur- und Stadtteilzentrums Rote Flora gehen. Da wären auch wir unverträglich!

Kulturtyp: Speicherstadt Story



Die Speicherstadt um 1890 (wikipedia)

125 Jahre alt ist die Speicherstadt nun, der Welt größter geschlossener Lagerkomplex und eine spannende und wirtschaftlich höchst bedeutende Facette der Hamburger Geschichte. Michael Batz (Theater in der Speicherstadt) hatte sich rechtzeitig an eine dreiteilige Speicherstadt Story gemacht, die in den vergangenen Jahren nach und nach und immer mal wieder präsentiert wurde. Teil eins dreht sich um die Vorgeschichte und Entstehung der Zollanschlussbauten, jetzt folgt die Wiederaufführung des Teils zwei. Dabei geht es um den Zeitraum 1888 bis 1968, also die wirtschaftlich lukrativen acht Jahrzehnte nach der Eröffnung des Freihafen-Quartiers, somit um die Geschichte der klassischen Lagerhäuser bis zum Beginn des Container-Zeitalters, das zu einem nachhaltigen Wandel der Speicherstadt führte.

Michael Batz ist bei der Trilogie für Konzept, Buch und Realisation verantwortlich. Auch im zweiten Teil dreht sich das Stück nicht um die gut erforschte Baugeschichte der Speicherstadt, vielmehr rückt Batz mit seiner szenischen Lesung Bilder, Songs, persönliche Erinnerungen von ZeitzeugInnen und

Dokumente von Menschen, Firmen, Ereignissen und Schicksalen in den Mittelpunkt. Mit dem Stück begeben sich die SprecherInnen Patricia Rieckhoff, Michael Bideller, Oliver Hermann und Erik Schäffler sowie der Musiker Markus Voigt auf »eine spannende, vielfältige und unterhaltsame Zeitreise durch eine Vergangenheit, die noch lange nicht vergangen ist«, so die Eigenwerbung des Theaters in der Speicherstadt.

Die Speicherstadt Story, zweiter Teil, wird am Freitag, den 25. Oktober, sowie am Sonntag, den 27. Oktober, jeweils um 19 Uhr in der ehemaligen Kaffeeterminbörse (Pickhuben 3) aufgeführt. Nähere Informationen und Anmeldung unter Tel. 369 62 37.

Und wer's ganz bunt möchte, dem/derjenigen sei noch das Interkulturelle Festival Hamburg ans Herz gelegt, das mit etlichen Veranstaltungen aus den Bereichen Musik, Theater, Tanz, Performance, Literatur, Film und Bilder vom 24. Oktober bis zum 3. November lockt. Das Gesamtprogramm des Festivals im Netz unter www.festival-eigenarten.de.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder tim.golke@linksfraktion.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Tim Golke MdHB, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg.